Nummer 353

Bezugs=Preis ohne Bringerlohn: Vierteljährlich für Berlin 8 Mk. 70 Pf., für ganz Deutschland durch die Post 10 Mk. 20 Pf., für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen=Zeitung

Morgen=Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen=Preis: Die 9 gespaltene Zeile 1,50 Mk. Reklameteil 4 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Zinsschein=Kalender Deutsche Lebensverf.=Gesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.=Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm=Adresse: „Börsenkrone“ | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Freitag, 8. August 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck=Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Michaelis abermals gegen Erzberger.

Eine Aufforderung an Kühlmann.

Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis übersendet im Einverständnis mit Hindenburg, Ludendorff und Helfferich einigen rechtsstehenden Blättern abermals eine Erklärung, die seine bekannten Mitteilungen vom 26. Juli 1919 ergänzen soll. Es handelt sich wieder um die diplomatischen Schritte, die Michaelis nach Empfang des Pacellischen Briefes unternommen hat, um die Beratungen mit Herrn von Kühlmann und um die — leider in geheimnisvolles Dunkel gehüllte — Tätigkeit des „neutralen Diplomaten“. Dr. Michaelis schildert, nachdem er versichert hat, daß er seinerzeit den Ministern und Staatssekretären (!) sowie den Herren der O. H. L. lediglich die Tatsache der diplomatischen Aktion mitgeteilt habe, den Kronrat vom 11. September, den der Reichskanzler herbeigeführt hatte, um sich der Grundlagen zu versichern, auf denen jener neutrale Diplomat sondieren wollte. Dr. Michaelis schreibt:

Im Kronrat vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen, die kaiserliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität Belgiens bereit sei. Nachdem der Kaiser die Vertreter der Armee und der Marine aufgefordert hatte, ihre Ansichten über die für die Beurteilung der Frage in Betracht kommenden militärischen und maritimen Gesichtspunkte vorzutragen, sprach sich der **Chef des Admiralstabes** dafür aus, daß die **flandrische Küste in deutscher Hand bleiben müsse.** Die Vertreter der Obersten Heeresleitung legten die militärischen Gründe dar, die in Rücksicht auf die exponierte Lage des für die Kriegführung durch seine kriegswirtschaftlichen Erzeugnisse unentbehrlichen rheinisch-westfälischen Industriegebiets und die spätere Verteidigungsmöglichkeit des Reiches **die militärische Kontrolle über die Festung Lüttich und Umgebung erwünscht erscheinen ließen.** Der Kaiser entschied im Sinne meines Antrages, mit dem Vorbehalt einer erneuten Prüfung, falls der **Verzicht auf Belgien** nicht bis zum Jahresende den Frieden sichern und so einen neuen Kriegswinter ersparen sollte.

Auf dieser Grundlage habe ich den Staatssekretär des Auswärtigen beauftragt, seinen neutralen Vertrauensmann zu instruieren. Dem neutralen Vertrauensmann wurde in meinem Auftrag weiter eröffnet, unsererseits sei Voraussetzung für Verhandlungen mit England: die Erhaltung unseres Besitzstandes vor dem Krieg, einschließlich der Kolonien, der Verzicht auf Entschädigungen und die Abstandnahme von dem Wirtschaftskrieg nach dem Krieg.

Leider hat es Herr Dr. Michaelis nicht für angebracht gehalten, auf die Widersprüche des näheren einzugehen, die zwischen dieser Instruktion des Vertrauensmannes und dem Briefe klaffen, den er am 12. September 1917 an Hindenburg geschrieben hat und dessen Wortlaut der Ministerpräsident Bauer vor der Nationalversammlung am 28. Juli verlesen hat. In ihm spricht Dr. Michaelis von dem zu fordernden und erhofften „wirklich engen wirtschaftlichen Anschluß Belgiens“ an Deutschland, vom deutschen „Einfluß“ auf die Flamen und von der Ausschaltung des englischen Einflusses an der flandrischen und nordfranzösischen Küste. Diese Punkte sind, nach dem genannten Briefe, als Forderungen der O. H. L. in das Michaelissche Verhandlungsprogramm aufgenommen. Diese Tatsachen tut Dr. Michaelis in seiner Darstellung mit folgendem Satze ab:

Es handelte sich bei den militärischen ebenso wie bei den wirtschaftlichen Wünschen hinsichtlich Belgiens nicht um Vorbehalte, die gegenüber England gemacht, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angestrebt werden sollten.

Nach dieser Deutung könnte Herrn Dr. Michaelis der Vorwurf gemacht werden, daß er eine Fühlungnahme, die auf Beendigung dieses ungeheuren Krieges auslaufen sollte, mit einer Verschleierung der wahren Absichten der deutschen Regierung beginnen wollte.

Nachdem Herr Dr. Michaelis wiederholt versichert hat, daß Hindenburg, Ludendorff und Helfferich an der diplomatischen Aktion in keiner Weise beteiligt gewesen seien, schließt er mit folgender Aufforderung an Herrn von Kühlmann:

Mit den genannten Herren spreche ich die Überzeugung aus, daß die Herbeiführung einer Äußerung des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen von Kühlmann, in dessen Händen die diplomatische Durchführung der Aktion lag, die obige Darstellung bestätigen würde. Ich halte mit den genannten Herren diese Äußerung für nötig, um zur Beruhigung großer Teile des deutschen Volkes beizutragen, die durch die wahrheitswidrige Darstellung des Reichsfinanzministers in Erregung versetzt worden sind.

Ein „mageres“ Resultat.

Der frühere deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, erörtert in den „Hamburger Nachrichten“ die Möglichkeiten für einen Verständigungsfrieden, wie sie sich der Wiener Diplomatie von 1916 und 1917, besonders dem Grafen Czernin dargeboten hätten. Um den Skeptizismus zu charakterisieren, mit dem selbst Czernin diesen Möglichkeiten gegenübergestanden hätte, führt Wedel einige Sätze aus einer Rede an, die Czernin am 1. Dezember 1918 gehalten hat:

„Ich möchte vorgreifend konstatieren, daß wir niemals ein Friedensangebot von der Entente erhielten. Es haben verschiedene Male Fühlungnahmen zwischen unseren und den Vertretern der Entente stattgefunden, aber diese Fühlungnahmen haben sich leider niemals bis zu konkreten Bedingungen verdichtet. Wir hatten öfter den Eindruck, daß wir imstande seien, einen Separatfrieden ohne Deutschland schließen zu können, jedoch niemals wurde uns vor allem erklärt, daß Deutschland seinen vorkriegerischen Besitzstand habe erhalten können, und immer wurden wir dadurch in der Situation belassen, einen Verteidigungskrieg für Deutschland führen zu müssen.

In der weiteren Besprechung dieser Rede faßt Graf Wedel den Sinn von Czernins Ausführungen in folgenden Worten zusammen:

Er (Graf Czernin. Anm. d. Red.) kommt zu dem mageren Resultat, daß in einem denkbar günstigen militärischen Augenblick ein Friedensangebot mit bedeutendem Opfer vielleicht die Hoffnung gehabt hätte, angenommen zu werden.

Zu der seltsamen Tatsache, daß Graf Wedel dies Resultat als mager bezeichnet, ist zu bemerken: „Denkbar günstig erschien unsern verantwortlichen politischen und militärischen Führern eben leider die Lage in einem Augenblicke, in dem die U-Boote den in sie gesetzten Hoffnungen nicht entsprachen und in dem die Amerikaner die ersten Divisionen ihres Riesenheeres nach Europa einschifften. Die „bedeutenden Opfer“ wären eben der Verzicht auf die Erfüllung der Hoffnungen gewesen, denen sich Dr. Michaelis in seinem oben erwähnten Brief vom 12. September 1917 hingibt. Ein „mageres“ Resultat ...

Die Umwälzung in Ungarn.

Das vorläufige Kabinett.

Budapest, 7. August.

Nach einer Meldung des Ungarischen Korrespondenz-Bureaus wurde in Budapest heute eine Kundgebung des Erzherzogs Joseph angeschlagen, in der es unter anderem heißt, es drohe eine Katastrophe, wenn die ungarische Intelligenz vereint mit der nüchternen Arbeiterschaft und dem ackerbauenden Volke nicht mit starker Hand Ordnung schaffe.

Weiter gibt die Kundgebung das folgende vorläufige Kabinett bekannt: Ministerpräsident der frühere Staatssekretär für Heerwesen Stefan Friedrich, Inneres: Adolf Samassa, Äußeres: General Gabriel Tanczos, Kultus und Unterricht: Dr. Alexander Imre, Krieg: General Franz Schnetzer, Handel und Gewerbe: interimistisch Stefan Friedrich, Finanzen: Dr. Johann Gruenn, Volkshygiene: Dr. Andreas Csillery, Ernährung einstweilen unbesetzt, Ministerium der nationalen Minderheiten: Dr. Jakob Bleyer, Justiz: Bela Szaszy, Ackerbau: Dr. Roland György.

In einigen Tagen soll eine Übergangsregierung nach Anhörung der Bürgerschaft des ackerbauenden Volkes und der Arbeiterschaft gebildet werden.

Budapest, 7. August.

Ungarisches Korrespondenz-Bureau.

Zum Ernährungsminister wurde der Generaldirektor der Atlantica-Seeschiffahrtsgesellschaft Dr. Eugen Polnay ernannt.

Der hauptstädtische Magistrat und Bürgermeister Dr. Body haben ihre Befugnisse wieder übernommen.

Der Verlauf des Regierungswechsels.

Budapest, 7. August.

Sonderausgaben der Blätter melden aufgrund von Informationen, die sie vom Ministerpräsidenten Friedrich erhielten, noch über den Regierungswechsel: Sämtliche ordnungsliebende Organisationen sowie die sämtlichen Ministerien hielten gestern Konferenzen ab, in welchen die Lage besprochen wurde, wobei erklärt wurde, daß der gänzliche Zusammenbruch Ungarns unvermeidlich sei, wenn sich nicht jemand finde, der es in zwölfter Stunde rette. — Darauf begab sich eine größere militärische Deputation nach Alcsuth zu Erzherzog Josef und ersuchte ihn, die Lösung der Lage in die Hand zu nehmen. Nachdem Erzherzog Josef seine Bereitwilligkeit erklärt und in Budapest mit den Ententemissionen verhandelt hatte, wurde zunächst die frühere Staatspolizei versammelt und eine freiwillige Truppe von etwa 8000 Bewaffneten bereitgestellt. Eine Abordnung derselben führte die Abdankung der bisherigen Minister herbei, die vorübergehend in Gewahrsam genommen und wieder später freigelassen wurden.

Der Regierungswechsel vollzog sich in der größten Ruhe und ohne Zwischenfall. Der kommandierende rumänische General, der Unruhen befürchtete, hatte für die rumänische Garnison Bereitschaft befohlen. Sämtliche Missionsleiter versicherten die neue Regierung ihrer wärmsten Unterstützung. Erzherzog Josef wird im Laufe des heutigen Tages sein Ofener Palais beziehen.

Meinungsverschiedenheiten im Ententelager.

TK Bern, 7. August.

Nach einer Meldung aus Paris beschäftigte sich der Oberste Rat der Friedenskonferenz in seiner gestrigen Sitzung mit den rumänischen Waffenstillstandsbedingungen für Ungarn. Im Namen der Vereinigten Staaten gab Unterstaatssekretär Polk die kategorische Erklärung ab, daß die rumänischen Forderungen einer Revision unterzogen werden müßten, denn es sei gänzlich ausgeschlossen, daß Ungarn ein Drittel seiner landwirtschaftlichen Maschinen und seines Viehbestandes ausliefern könne. Polk vertrat den Standpunkt, daß Ungarn nicht unnötig geschwächt werden dürfe, weil die wirtschaftliche Gesundung Ungarns einen wesentlichen Garantiefaktor für die Erfüllung der der früheren Doppelmonarchie auferlegten Verpflichtungen bilde. Des weiteren setzte sich Polk für möglichst baldigen Beginn der Friedensverhandlungen mit Ungarn ein. Bei den übrigen Vertretern des Obersten Rats machte sich eine wesentlich ungünstige Stellungnahme gegenüber Ungarn bemerkbar. Während jedoch der englische Vertreter sich relativ passiv verhielt, sympathisiert Frankreich ausgesprochen mit Rumänien.

Pertinax verbreitet im „Echo de Paris“ die Nachricht, daß gegenüber den äußerst harten Bedingungen Rumäniens für Ungarn nach der gestrigen Sitzung des Obersten Rates Clemenceau nach Bukarest gedrahtet habe, daß sich Rumänien an die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten halten müßte. Pertinax betont demgegenüber, man dürfe Rumänien nicht schwächen, wenn es seine Rolle erfüllen solle.

Typisch für die in Frankreich herrschende Stimmung ist ein Artikel der „Feuille“, in dem es heißt: Die Waffenstillstandsbedingungen liefern Ungarn zwar mit Haut und Haaren Rumänien aus, diese Forderungen kommen aber nicht überraschend. Es gehöre eine gehörige Portion Naivität dazu, zu glauben, daß durch den Systemwechsel Ungarn sich eine rücksichtsvolle Behandlung sichern könne. — In Paris wird übrigens mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages in den nächsten Tagen gerechnet.

König Ferdinands aufgegebene Reise.

TK Wien, 7. August.

König Ferdinand von Rumänien hat nach einer halbamtlichen Bukarester Meldung den geplanten Besuch in Budapest aufgegeben. Die Gründe hierfür werden nicht bekannt gegeben.

Flucht des Gesandten Boehm.

Wien, 7. August.

Die „Zeit“ meldet: Der ungarische Gesandte Boehm ist heute nacht nach Verbrennung sämtlicher Geheimakten im Automobil aus Wien geflüchtet. Am Vormittag erschienen in der Gesandtschaft ungarische Journalisten und Offiziere, verprügelten das Gesandtschaftspersonal und warfen es aus dem Gesandtschaftsgebäude hinaus.

Zur Vorgeschichte der Abdankung des Kaisers.

Ein Brief Scheidemanns an den Prinzen Max.

Hannover, 7. August.

Zur Vorgeschichte der Abdankung des Kaisers veröffentlicht die „Deutsche Volkszeitung“, das Organ der Deutsch-Hannoverschen Partei, heute einen Brief Scheidemanns vom 29. Oktober 1918 an den damaligen Reichskanzler Prinz Max von Baden, in dem Staatssekretär Scheidemann unter Hinweis darauf, daß durch das Zensurverbot der Öffentlichkeit die Möglichkeit genommen sei, durch Erörterung eine Frage zu klären, die zu einer „brennenden Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ geworden sei, zu folgenden Forderungen kommt: Aus diesem Grunde sehe ich mich gezwungen, nunmehr die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen, nämlich diese: die Herren Staatssekretäre möchten den Herrn Reichskanzler bitten, Seiner Majestät dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten. Zur Begründung wird u. a. ausgeführt: Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Friedensverhandlungen beträchtlich günstigere Aussichten bieten, wenn die im Deutschen Reiche vollzogene Änderung des Systems durch einen Wechsel an der höchsten Stelle des Reiches nach innen und außen deutlich sichtbar gemacht wird. Die ganze politische Situation legt die Vermutung nahe, daß der vorgeschlagene Schritt nur hinausgezögert, aber doch nicht vermieden werden kann. Deshalb ist es besser, wenn der Kaiser jetzt schon aus der Gesamtlage die Konsequenzen, die nach Auffassung auch zahlreicher deutscher Staatsmänner gezogen werden müssen, so schnell als möglich zieht.

Ein Appell Hoovers an die Bergarbeiter.

Versailles, 7. August.

„Matin“ veröffentlicht einen Appell Hoovers an die Bergarbeiter Europas, nicht nur das zu tun, was sie tun könnten, sondern das, was sie tun müßten. Der Achtstundentag dürfe nicht zu einer Arbeitszeit von sieben oder sechseinhalb Stunden herabsinken. Er läßt keinen Zweifel daran, daß Amerika Europa nicht von der Kohlennot befreien könne, denn nach seiner Berechnung fehlen in diesem Winter zwanzig Millionen Tonnen Brennmaterial monatlich für die Versorgung Europas.

Die neue Reichsverfassung.

Von Oberbürgermeister Koch, M. d. N., Cassel.

(Nachdruck verboten.)

„Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt ihr Charakterbild.“ Das trifft von der Verfassung zu. Aber „in der Geschichte“, so hoffe ich, wird es weniger schwanken als im Tagesstreit. Wenn man die Vertreter der Rechten, zu der ma in dieser wie in so vielen anderen Fragen auch leider die Deutsche Volkspartei zählen muß, hört, so ist sie ein oberflächliches Machwerk, das rücksichtslos aus doktrinären Gesichtspunkten mit einer großen Vergangenheit aufräumt. Und wenn die Vertreter der äußersten Linken zu Worte kommen, so erfährt man, daß sie den Stempel der fluchwürdigen Vergangenheit an der Stirn trage und keine einzige in die Zukunft weisende Idee hervorbringe. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Eine Anknüpfung an die Staatsform der Vergangenheit ist schlechterdings unmöglich. Denn die Revolution hat sie niedergerissen und der Kampf um ihre Wiederherstellung darf nicht wieder aufflammen. Es ist ein eigenartiges Bild, wenn der Abgeordnete Heinze in seiner Rede zur dritten Lesung der Verfassung von der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte spricht und seine Partei gleichzeitig durch die Betonung des monarchischen Grundgedankens die tiefste Spaltung im Volke aufrecht erhält und das schwerste Mißtrauen innerhalb der Arbeiterschaft sät. An eine Wiederaufrichtung des alten Gebäudes war nicht zu denken. Aus den Trümmern aber sind manche Bausteine, die noch unversehrt und brauchbar waren, aufgelesen.

Auf der andern Seite ist es eine völlige Verkennung der Dinge, wenn man glaubt, die Arbeit an der Verfassung sei dazu da, solche Ideale zu verkünden, die bisher innerhalb des Volkes und innerhalb der Welt noch nicht aufgestellt und anerkannt worden sind. Jede Verfassung kann nichts bringen als die Besiegelung alter Ideale. Auch die große französische Revolution hat nur die Gedanken in die Wirklichkeit umgesetzt, die durch die Philosophen des 18. Jahrhunderts Nährboden im französischen Volke gefunden hatten. Was darüber hinaus innerhalb der Revolution an Hirngespinsten aufgetaucht war und vielfach an die phantastischen Einfälle der alleräußersten Linken erinnert, hat sich nicht halten können. Kein Zweifel, daß in unserer Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet gärende Gedanken vorhanden sind, die sich auf die Dauer wohl nicht sämtlich als Utopien erweisen werden. Aber ebenso unmöglich ist es, diese Gedanken in einer Verfassung niederzulegen. Den Abschluß einer wirtschaftlichen Entwicklung, die Jahrzehnte brauchen wird, innerhalb der wenigen Monate einer Verfassungsberatung künstlich herbeizuführen, hätte eine lebensunfähige Frühgeburt ergeben und wäre eine Vermessenheit gewesen. Die Verfassung kann nur die festen Grundlagen schaffen, auf denen in geordneten staatlichen Bahnen an der weiteren Entwicklung gearbeitet werden kann. Diese Grundlagen sind Reichseinheit und Demokratie.

Die Reichseinheit. Es ist die Einheit eines verstümmelten Körpers. Aber dieses Leid, das Krieg und Frieden uns gebracht haben, vermag die Verfassung nicht zu ändern. Sie kann nur zusammenschließen, was verblieben ist. Der Zusammenschluß des Reiches in der neuen Verfassung ist fester als in der alten. Die alte betonte die Rechte der Bundesstaaten. Ob Bismarck das notgedrungen oder gern getan hat, ist schwer zu sagen. Als die Verfassung erging, erschien ihm die Lösung als opportunistisch und unbefriedigend. Als alter Mann hat er den bundesstaatlichen Charakter des Reiches gern betont. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches ist in der neuen Verfassung in den Hintergrund getreten. Zwar ist nicht der volle Einheitsstaat erreicht, aber wir sind auf dem sicheren Wege zu ihm. Erreicht ist in der Verfassung eine erhebliche Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches auf allen Gebieten. Am wichtigsten ist die Übertragung des Verkehrswesens, des Steuerwesens und des Heerwesens auf das Reich. Aber sogar in den Schul- und Kirchenfragen sowie in Fragen des Beamtenrechts ist eine obere Gesetzgebung des Reiches gesichert. Wichtig ist ferner die Möglichkeit, die Zuständigkeit des Reiches jederzeit unbekümmert um das Widerstreben der Bundesstaaten, durch verfassungsgebendes Reichsgesetz zu erweitern, was früher in der Theorie bestritten war und in der Praxis am Widerstande des Bundesrates (jetzt Reichsrat) scheiterte. Weiter ist an Stelle des als Reichsregierung völlig unmöglichen vielköpfigen Bundesrates ein Reichsministerium mit verantwortlichen Reichsministern getreten. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung ist das Vetorecht des Bundesrats, jetzt Reichsrats, durch eine bescheidene Mitwirkung des Reichsrats ersetzt. Die alte Klage über mangelhafte Ausführung der Reichsgesetze durch die Bundesstaaten ist dadurch ausgeräumt, daß dem Reiche bei der Ausführung der Reichsgesetze ein weitgehendes Aufsichts- und Eingriffsrecht zuerkannt worden ist.

Und endlich mag hervorgehoben werden, daß die Nationalversammlung sich entschlossen hat, die Bundesstaaten nicht mehr mit diesem Namen oder dem neugebildeten, nach der Gelehrtenstube riechenden Namen „Gliedstaaten“ zu belegen, sondern ihnen die alte deutsche Bezeichnung „Länder“ zu geben. Das ist etwas mehr als eine bloße Namensbezeichnung. Deutsche Staaten gibt es erst seit 1803. Vorher waren sie Territorien oder auf deutsch „Länder“, wie denn man noch heute von „Landesherr“, „Landesgesetzgebung“, „Landtag“ spricht. Im Rahmen der neuen Reichsverfassung sie als Staaten zu bezeichnen, ist auch deswegen nicht mehr richtig, weil die wichtigste Befugnis eines selbständigen Staates ihnen genommen ist, nämlich die Befugnis, sich ihre Verfassung nach eigenem Rechte zu geben. Die ganze Entwicklung, namentlich auch auf dem Gebiete des Steuerwesens, drängt zum Einheits-

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Freitag, den 8. August.

Direkt.: Max Reinhardt.
Deutsches Theater. 7½ Uhr: Auch ich war ein Jüngling ...

Kammerspiele. 7½ Uhr: Weib und Hampelmann.

Theater des Westens. 7½ Uhr: Die Geisha.

Dir.: Victor Barnowsky.
Lessing-Theater. 8 Uhr: Charley's Tante.

Deutsches Künstler-Th. 7½ Uhr: Die Rutschbahn.

Dir. Meinhard-Bernauer
Theater i. d. Königgr. Str. ½8 U.: Der Häuptling.

Komödienhaus. Lucie Höflich und Ludw. Hartau. 8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater. ½8 Uhr: Die Dame im Frack.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Der Kuhreigen.

Residenz-Theater. 7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater. 7½ U.: Der gute Ruf.

Central-Theater. Kommandantenstr. 57. 7½ Uhr: D. Schönste von allen.

Friedrich-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: Der heilige Florian.

Kleines Theater. 7¾ Uhr: Unterm Baume der Erkenntnis.

Komische Oper. 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus. 7¾ Uhr: „So ein Mädel“.

Metropol-Theater. 7 Uhr 20 Min.: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus. 7 Uhr 40: Die Dame vom Circus.

Palast-Theater. 7½ Uhr: Weinende Erben. Operette von R. Danziger.

Schiller-Theater Charl. 7½ Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater. 7¼ U.: Jungfer Sonnenschein.

Theater a. Nollendorfpl. 7½ Uhr: Die Puppe.

Theater d. Friedrichstadt 8 Uhr: So eine Frechheit. Versicherung gegen Einbruch. Ein Polterabend.

Wallner-Theater. 7½ Uhr: Das Gesetz.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater
8 Uhr: Das Oberengadin und der Splügen.

APOLLO
Friedrichstr. 218.
Dir. James Klein.
Täglich 7¾ Uhr, Sonntags 3½ und 7¾.
12 Sensationen Varieté-Programm.